

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungshandlern und in allen Büchern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (mit Haus 2,50 M., halbjährlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, b. D. Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Wilsdrufferstr. 2 / Fernsprecher: 17239 / Postfach: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-Alt, Wilsdrufferstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17239 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 4. September 1928 Nummer 207

An die sozialdemokratischen Arbeiter!

Klassengenossen!

Die Kommunistische Partei hat den Volksentscheid gegen den Bau des Panzerkreuzers A eingeleitet. Im ganzen Reich hat dieser Schritt einen starken Widerhall gefunden. Mit Empörung haben sich die Arbeiter gegen den Beschluß des Reichstags vom 10. August, den Panzerkreuzer in Bau zu geben, gemeldet.

Auch ihr sozialdemokratische Klassengenossen habt eurer Empörung Ausdruck gegeben. Stillsitzend habt ihr die Rückgängigmachung des Beschlusses, den Aufruf eurer Minister aus der Regierung gefordert. Zum Teil forderten eure Genossen den Ausschluß eurer Minister, die Einleitung oder Beteiligung am Volksentscheid.

Eure Führer hier in Sachsen, die Hermann Fleißner, Oel, Toni Sander haben, eurer kämpferischen Entrüstung nachgebend, scheinbar in diese einstimmend, tadeltlose Worte der Entrüstung gegen die Minister gefunden.

Um euch zu beruhigen, wurde der Parteiausschluß einberufen. Man sagte dort einen Beschluß, der das Verhalten der Minister miltig, aber — sonst bleibt alles beim alten.

Die Koalition mit den Bürgerlichen wird fortgesetzt. Die Minister bleiben auf ihren Posten und Hermann Müller, der hauptverantwortliche Reichstagskanzler, bleibt Vorsitzender eurer Partei.

Die von euch geforderte Einberufung eines Parteitag wurde abgelehnt. Der Parteiausschluß lehnte aber auch einen Antrag Löbes ab, der forderte, daß keine weiteren Raten mehr bewilligt werden sollten.

Damit hatte der Parteivorstand, hatten die Minister, trotz der gelinden Rüge, die man nur zu eurer Verabshung aussprach, schon praktisch einen vollen Sieg errungen.

Die Panzerkreuzerpolitik ist Trumpf und wird es bleiben!

Euch wollte man erzählen, es handele sich um einen Fehler eurer Minister, diese hätten geglaubt, sie seien verpflichtet, einen bestehenden Beschluß durchzuführen. Nein, es handelte sich nicht um einen Fehler einzelner, sondern um eine Maßnahme, die zusammenhängt mit der Koalitionspolitik, mit dem Ringen für die Imperialisten. Wer die Koalitionspolitik will, der muß auch die Schlussfolgerungen daraus ziehen.

So erklärten denn auch Paul Levi, Fleißner und sogar Breitscheid, daß man bei Eingehen der Koalitionsregierung gemerkt habe, daß man auch den Panzerkreuzer mit in Kauf nehmen müsse.

Wenige Tage nach dem Parteiausschluß machte Breitscheid, der Vorsitzende eurer Reichstagsfraktion, in der Presse folgendes Geständnis:

„Es stand von Anfang an fest, daß Zentrum, Deutsche und Bayerische Volkspartei den Bau der Schiffe wollten und keine Ablehnung im Kabinett mit dem Austritt aus der Regierung beantwortet würde. . . . Kein Mitglied der Reichstagsfraktion das dem Gang der Verhandlungen über die Regierungsbildung aus nächster Nähe gefolgt war, dürfte sich in diesem Punkte irgendwelcher Illusionen hingeben. Zudem wir uns zum Eintritt in die Regierung bereit erklärten, nahmen wir den Panzerkreuzer A in Kauf.“

Damit wird von Breitscheid klar zugegeben, daß die sozialdemokratischen Führer wußten, daß sie in der Koalition nur die Interessen der Imperialisten wahrnehmen konnten.

Wenige Tage zuvor hatte ja auch schon Hermann Müller in einer von der gesamten sozialdemokratischen Fraktion gebilligten Regierungserklärung die Aufrüstung vorbereitet, indem er erklärte:

„Die Welt muß sich darüber klar sein, daß es auf die Dauer ein unmöglicher Zustand ist, daß ein großes Land wie Deutschland einseitig abrüstet.“

Sozialdemokratische Arbeiter!

Wähler der Sozialdemokratischen Partei!

Vor der Wahl haben eure Führer anders gesprochen. Sie haben den Wahlkampf mit der Parole gegen den Panzerkreuzer geführt. In der Wahlleitung der SPD schrieben sie:

„Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen beim letzten Etat stand die Anforderung auf Bewilligung eines Kriegsschiffes A (erste Rate 9,8 Millionen). Das ganze Kriegsschiff soll 80 Millionen kosten. Er leitet den Neubau einer ganzen Serie von Panzerkreuzern ein, so daß dadurch im Laufe der

nächsten Jahre eine zwanzigjährige Mehrausgabe von 500 Millionen notwendig wäre. . . . Die SPD fordert, daß auch bei den Heeresausgaben Rücksicht auf die Not der breiten Massen genommen wird. Erst Brot — dann Panzerkreuzer.“

Aber schon am 11. August schrieb der Vorwärts: „Der Panzerkreuzer A wird gebaut werden trotz der Veränderung in der Zusammensetzung des Reichstages und trotz des Regierungswechsels.“

Die Minister hatten dem Bau der Kriegsschiffe zugestimmt und die Wahlversprechungen enthielten sich als Lug und Trug. Im Kabinett haben die Minister nicht einmal den Versuch eines Widerstandes gegen den Panzerkreuzerbau gemacht.

Andererseits hat euer Ministergenosse Wissell bis zum heutigen Tage, die vom Reichstag beschlossenen geringfügigen Verbesserungen der Krisenfürsorge noch nicht durchgeführt.

Die Not der über eine halbe Million betragenden ausgesteuerten Erwerbslosen, die Not der Sozialrentner und der hungernden Kinder wird von den sozialdemokratischen Ministern so wenig beachtet wie von den Regierungsmännern der Bürgerblockregierung.

Die von euren Parteigenossen Hilferding durchgeführte Lohnsteuer „Lenkung“ ist geradezu ein Hohn für die Arbeiterklasse. Ist doch die Wirkung dieser „sozialen Tat“, daß ein Steuerpflichtiger mit einer fünfköpfigen Familie bei einem Einkommen von monatlich 200 Mark ganze 20 Pfennig Steuer entlassen bekommt.

Die Bewilligung des Panzerkreuzers aber war nach einer Mitteilung des sächsischen Volksblattes in 5 Minuten erledigt. Die sozialdemokratischen Minister hätten den Bau der Kriegsschiffe verhindern können. Breitscheid schrieb:

„Zunehmend waren wir bereit, anzunehmen, daß unsere führenden Minister mit „Nein“ stimmen und andere Aufgaben, insbesondere solche für sozialpolitische Zwecke, für vorübergehender erfüllen würden, als die für den Schiffsbau. Sie waren auch entschlossen, aber nun machten ihnen die Demokraten einen Strich durch die Rechnung, als sie erklärten, sich in jedem Falle der Entscheidung der Sozialdemokraten anzuschließen zu wollen (!!) Damit wäre eine Wehrheit für die Ablehnung entstanden (!!) und das hätte die Krise bedeutet, die unsere Genossen vermeiden wollten (!).“

Also, weil man eine Wehrheit für die Ablehnung bekommen hätte, stimmten die sozialdemokratischen Minister für den Bau. Sie hätten gern ein kleines Täuschungsmando gemacht, aber so machten ihnen die Demokraten einen Strich durch die Rechnung. Viele Erklärung Breitscheids zeigt zur Genüge die wirkliche Rolle der sozialdemokratischen Minister.

Sozialdemokratische Arbeiter! In eurer Partei brach ein Sturm der Empörung los. Bei euch aus ehrlicher Aufsehnung gegen die Panzerkreuzerpolitik. Eure Führer aber waren empört, weil das Mandat nicht geklappt, einige, weil es zu ungeschickt gemacht war, um die Arbeiter zu überlisteln. So schrieb das Hamburger Echo am 15. August:

„Wer die politische Haltung der SPD in den letzten vier Jahren würdigt, wird nicht finden, daß die vier Minister sich zu ihr im Gegensatz stellten. . . . allerdings zeigt sich hier wie schon so oft, ein schlimmes Manö in der Kunst, sein Handeln den Massen verständlich zu machen.“

So ist denn jetzt auch der Parteivorstand und der Vorwärts dabei, die Politik zu verteidigen und durchzuführen. Der Vorwärts fordert keine Wende der Politik, sondern eine programmatische Vertiefung derselben.

Wie verhalten sich aber jetzt eure sächsischen sogenannten linken Führer. Bis vor ein paar Tagen konnten sie noch tapfer schlumpfen. Jetzt aber stehen sie vor zwei Konsequenzen. Der Parteivorstand läßt durch das Zentralorgan verkünden, daß die Panzerkreuzerpolitik weitergeführt wird. Die Kommunistische Partei hat den Kampf gegen imperialistische Aufrüstungen durch die

Einleitung eines Volksentscheids konkretisiert.

Jetzt müssen diese eure „linken“ Führer Stellung nehmen. Es ist eingetreten, was wir euch gesagt haben, diese „linken“ Schwanken ein in die Front der Panzerkreuzerbauer, sie antworten, wie immer, mit einer wüsten Kommunistenhege.

Seht nach Sowjetrußland, dort wird auch gerüstet, die Kommunisten sind aber für diese Aufrüstungen, so schreibt die gesamte SPD-Presse, vom Vorwärts bis zur Dresdner

Volkszeitung. Mit diesem Geschrei soll die Arbeiterschaft verwirrt werden.

Sozialdemokratische Klassengenossen! Ist es denn das selbe, wenn die Imperialisten zum Schutze des Privateigentums zum Kriege gegen den Arbeiter- und Bauernstaat rufen und wenn die Arbeiter- und Bauernrepublik zum Schutze des Gemeineigentums und zur Verteidigung der Sowjetrepublik rufen. Jeder Arbeiter weiß, daß dies etwas anderes ist, hier in der Hindenburgrepublik rüstet man für die Interessen der Ausbeuter, in Sowjetrußland zum Schutze der Arbeiter. Deswegen läßt euch nicht irreführen.

Die Auseinandersetzungen in unserer Partei sind unsere eigene Angelegenheit, rufen eure Führer. Die Kommunisten haben nicht das Recht, sich darum zu kümmern. Klassengenossen! Der Panzerkreuzerbau ist aber eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft. Sie werden die Opfer der nächsten Kriege sein, sie müssen den Bau der Panzerkreuzer bezahlen. Eure Führer wollen ja auch große Teile der Arbeiterschaft für die neudeutsche imperialistische Politik einfangen.

Die Kommunisten führen den Volksentscheid aus. Parteigolismus. Mit dieser niederträchtigen Parteichege soll ihr über den Ernst der Lage hinwegtäuscht werden.

Sebet von euch weh, daß die Imperialisten in allen Ländern rüsten. Die Gegenkräfte zwischen den einzelnen imperialistischen Staaten wachsen. Konflikte zwischen Amerika und England, zwischen England und Frankreich, Amerika und Japan steigen heraus. Die deutschen Imperialisten wurden isoliert. England und Frankreich schlossen ein vorläufiges Bündnis mit der Spitze gegen Amerika und Deutschland. Die amerikanischen Kapitalisten antworten darauf mit einem Beschluß zur Verstärkung der Seemacht. Die kriegerischen Rüstungen werden allgemein im verstärkten Maße durchgeführt. Die Imperialisten wissen, für sie bleibt nur der Krieg als Ausweg aus der aufsteigenden Krise. Um diese neuen imperialistischen Kriege zu führen, wollen und müssen sie zuerst Sowjetrußland angreifen.

In diesem Zusammenhang gewinnt auch der Panzerkreuzerbau für die deutschen Arbeiter erhöhte Bedeutung. Die deutsche Bourgeoisie leht mit in der imperialistischen Antisowjetfront. Die sozialdemokratischen Führer stehen bei den deutschen Imperialisten.

Es gibt nur ein entweder — oder. Entweder mit dem Arbeiter für den Schutz der Sowjetunion und die Revolution, oder mit den Imperialisten für Unterdrückung und Krieg. Eine Zwischenlösung gibt es nicht. Sozialdemokratische Arbeiter! Ihr müßt euch entscheiden.

Sozialdemokratische Klassengenossen! Eure „linken“ Führer haben sich entschieden — und zwar für den imperialistischen Kurs des Parteivorstandes. Die Kommunistische Partei hat an alle Arbeiter die Aufforderung gerichtet, sich an den Komitees zur Durchföhrung des Volksentscheids zu beteiligen.

Eure „linken“ Führer antworten darauf mit einer Gegenaktion. In der Dresdner Volkszeitung vom 28. August verbietet euer Bezirksvorstand jede Teilnahme an den Komitees und Ausschüssen. Diese Haltung eures Bezirksvorstandes zeigt, daß eure „linken“ Führer praktisch die Politik der deutschen Imperialisten unterstützen. Alles was sie gegen den Bau der Panzerkreuzer reden und schreiben, soll nur zu eurer Beruhigung dienen. Der Vorwärts beschimpft diejenigen, die sich am Volksentscheid beteiligen wollen als „vollständige Idioten“.

Wollt ihr wirklich den Kampf gegen die imperialistische Aufrüstung, dürft ihr nicht passiv beiseite stehen.

Nur durch die breiteste Aufrüstung der Massen, wie sie durch den Volksentscheid möglich ist, nur durch den Massenkampf können die Rüstungen der Imperialisten verhindert, können die Kapitalisten überwunden werden.

Wir führen den Kampf für die Interessen der gesamten Arbeiterklasse. Beteiligt euch an dem von uns eingeleiteten Volksentscheid.

Tretet ein in die Komitees.

Heraus zum Kampf!

Gegen die Kriegsrüstungen.

Gegen den neuen imperialistischen Krieg!

Für Brot, Lohn und Kinderpeijungen!

Für Sowjetrußland!

Für die proletarische Revolution!

Die Bezirksleitung der KPD

Bezirk Ostfachsen

J. A. Siegfried Hädel

Lebt die Arbeiterstimme! / Tretet ein in die KPD!